

Medienmitteilung vom 7. Okt. 2015

## **SVP-Durchsetzungsinitiative: Der Schweizer Rechtsstaat am Scheideweg**

Am 28. Feb. 2016 muss das Schweizer Stimmvolk über die sogenannte «Durchsetzungsinitiative» der SVP abstimmen. Diese Initiative wollte ursprünglich Druck machen für eine buchstabengetreue Umsetzung der 2010 angenommenen «Ausschaffungsinitiative». Doch das Parlament hat inzwischen eine detaillierte Gesetzgebung auf der Grundlage der Ausschaffungsinitiative erlassen – unter grösstmöglicher Berücksichtigung der Vorgaben in der Durchsetzungsinitiative.

Was also bezweckt die «Durchsetzungsinitiative»? Sie hat ein radikales Anliegen: Personen ohne Schweizer Pass sollen unbesehen ihrer Wurzeln in der Schweiz selbst bei leichteren Delikten automatisch und ohne Rücksicht auf die Umstände ausgeschafft werden. Dabei wird das Menschenrecht auf die eigene Familie systematisch übergangen.

Dass die SVP auf der Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative beharrt, stellt einen veritablen Skandal dar. Denn die SVP missachtet mit dieser Zwängerei die gesetzgeberische Arbeit des Parlaments. Dadurch gerät der demokratische Rechtsstaat mit dem austarierten Kräftegleichgewicht in Gefahr.

Die Annahme der Initiative würde einen Systembruch bewirken, mit unabsehbaren Folgen für die schweizerische Rechtsordnung. Was genau auf dem Spiel steht, erläutert dieser Artikel von [humanrights.ch](http://humanrights.ch):

[„Nein zur Durchsetzungsinitiative = Ja zum Rechtsstaat“](#)

### **Kontakt:**

Alex Sutter, Co-Geschäftsleiter [humanrights.ch](http://humanrights.ch), Tel. 031 302 01 61